

## Wen sollen Familien wählen?

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Sachsen am 1. September 2019



**DEMO FÜR ALLE**  
WWW.DEMOFUERALLE.DE

Der Orientierungsrahmen für die Familien- und Sexualerziehung im Freistaat Sachsen fordert von den Schülern, „dass unterschiedliches Sexualverhalten (...) keine Bewertung erfährt und als Teil der individuellen Persönlichkeit akzeptiert wird.“ Das verstößt gegen §36 des Sächsischen Schulgesetzes und untergräbt das Erziehungsrecht der Eltern (Art. 6 GG). Wir treten daher für eine vollständige Überarbeitung des Orientierungsrahmens ein. Kindeswohl und Elternrecht haben oberste Priorität.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
<b>CDU</b>		x		Die Sächsische Union bekennt sich ausdrücklich zum Kindeswohl und zum Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen. Der angemerkte Widerspruch zwischen dem Orientierungsrahmen und dem Grundgesetz sowie dem Sächsischen Schulgesetz ist unseres Erachtens in dieser Form nicht erkennbar. Der Orientierungsrahmen enthält als Zielstellung bspw. ausdrücklich, über "die Bedeutung und schutzwürdigen Funktionen von Ehe, Lebenspartnerschaft und Familie für Staat und Gesellschaft und über den besonderen Schutz der Familie durch den Staat [zu] informieren".
<b>Die Linke</b>		x		Wir teilen die Ansicht, dass das Kindeswohl oberste Priorität haben muss. Daher ist es für uns ein selbstverständliches Ziel, Kindern eine diskriminierungs- und vorurteilsfreie Umgebung in der Schule zu bieten. Vielfältige Lebens- und Lebensweisen sind gesellschaftliche Realität und müssen daher auch Eingang in die schulische Bildung finden.
<b>SPD *</b>		x		
<b>AfD</b>	x			Die Forderung steht im Regierungsprogramm der AfD in Kap. 5.1.9
<b>Grüne</b>		x		Wir stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft und wollen, dass Menschen jeden Geschlechts und sexueller Orientierung in Sachsen OHNE DISKRIMINIERUNG leben können, egal ob jung oder alt. Ihre Forderungen teilen wir explizit nicht!
<b>Blaue</b>	x			

SPD\*) Haben in einer "grundlegenden Weise" geantwortet - das gesamte Schreiben finden Sie hier:

[https://demofueralle.blog/wp-content/uploads/2019/08/WPS19\\_Antwort-SPD.pdf](https://demofueralle.blog/wp-content/uploads/2019/08/WPS19_Antwort-SPD.pdf)

Immer mehr Schulen arbeiten bei der Sexualerziehung unter dem Stichwort „Queere Bildung“ mit externen LSBT...-Gruppen zusammen, die Workshops zu „sexueller Vielfalt“ anbieten. Ein Rechts-gutachten von Prof. Dr. Christian Winterhoff bewertet diese Art von Unterricht als eindeutig verfassungswidrig. Wir treten dafür ein, dass Lobbygruppen der „Sexuellen Vielfalt“ als externe Partner bei der Schulaufklärung nicht zugelassen werden.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU		x		Es ist zunächst immer Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, den Unterricht zu gestalten, nicht aber externer Gruppen. Angebote von workshops sind keine verpflichtenden Unterrichtsinhalte, sondern können freiwillig besucht werden, somit haben Eltern und Schüler die Wahl, ob sie von diesen Angeboten Gebrauch machen oder eben auch nicht. Grundsätzlich hält die Sächsische Union es für geboten, nicht nur einseitig über sexuelle Vielfalt zu sprechen, sondern stets auf Ausgewogenheit zu achten.
Die Linke		x		Gerade beim Thema Sexualerziehung ist es für viele Jugendliche angenehmer, mit externen Fachleuten zu sprechen als mit den eigenen Lehrer*innen. Daher halten wir es für sehr wichtig und unterstützenswert, Schüler*innen diesen Austausch zu ermöglichen.
SPD		x		
AfD	x			Die Forderung steht im Regierungsprogramm der AfD in Kap. 5.1.9
Grüne		x		siehe oben
Blaue	x			

Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ geht u.a. von einer „kindlichen Sexualität“ aus, die von Geburt an pädagogisch aktiv zu begleiten sei. Dieser Ansatz hat keine wissenschaftliche Grundlage. Er birgt die Gefahr, dass durch sexualpädagogische Methoden die Intimsphäre und das Schamgefühl des Kindes verletzt werden, dass das noch schlafende Interesse des Kindes an Sexualität vorzeitig geweckt wird, und Kinder zu sexueller Aktivität angeregt werden. In Kitas und Schulen haben schamverletzende und stimulierende Inhalte (in Wort, Bild und Spiel) nichts zu suchen.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU			x	
Die Linke		x		Kitas und Schulen sollen Kinder in ihrer natürlichen Entwicklung begleiten und unterstützen. Das betrifft auch die Bereiche kindlicher Sexualität.
SPD		x		
AfD	x			
Grüne		x		siehe oben
Blaue	x			

Wir lehnen – insbesondere in Kitas und Schulen – Maßnahmen des Gender Mainstreaming ab, die statt die Gleichberechtigung der Geschlechter sicherzustellen, einer Verwirrung der Geschlechtsidentität Vorschub leisten.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU			x	Die Sächsische Union hält grundsätzlich nichts davon, Ungleiches gleich zu machen und bspw. durch Sprache etwas für gleich zu erklären, was es nicht ist. Gleichwohl ist zu akzeptieren, dass es bestimmte Formen und Konventionen gibt, die einzuhalten sind. So ist etwa die Nennung von Frauen und Männern, wenn beide Geschlechter angesprochen sind, im Grunde eine Selbstverständlichkeit und ein Gebot des Respekts, mit Formen von <u>Mainstreaming hat das nichts zu tun.</u>
Die Linke		x		
SPD		x		
AfD	x			Die Forderung steht im Regierungsprogramm der AfD in Kap. 5.2.5
Grüne		x		siehe oben
Blaue	x			

Jedes Kind hat von Natur aus das Recht, eine Mutter und einen Vater zu haben und von ihnen beschützt, erzogen und umsorgt zu werden – auch wenn dies aufgrund von Schicksalsschlägen (Tod oder Trennung) manchmal nicht erfüllbar ist (siehe UN-Kinderrechtskonvention). Dieses Recht auf Mutter und Vater muss auch im Fall einer Adoption geachtet werden.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU	x			
Die Linke			x	Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig vom Trauschein oder einer biologischen Abstammung.
SPD		x		
AfD	x			Die Forderung steht im Regierungsprogramm der AfD in Kap. 4.4. Grundsätzlich ist die Abstammung Teil der Identität, nach dem Leben und der Gesundheit eines der höchsten Rechtsgüter überhaupt, und daher ist es ein Grundrecht, die eigenen Eltern zu kennen. Die AfD will Adoption als Ausweg aus dem Schwangerschaftskonflikt erleichtern und fördern (Kap. 4.4). Die Frage eines Rechts von Adoptivkindern, ihre leiblichen Eltern zu kennen, ist hochkomplex, da neben schutzwürdigen Interessen des Kindes (und späteren Erwachsenen) auch Interessen der leiblichen Eltern berührt werden, deren verlässliche Beachtung für das Zustandekommen und Gelingen der Adoption maßgeblich ist. Die AfD respektiert hier vorläufig die aktuelle Rechtspraxis der Einzelfallentscheidung und hat keine explizite Position formuliert.
Grüne		x		siehe oben
Blaue	x			

Im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Parlamentes vom Dezember 2015 lehnen wir die Legalisierung von Leihmutterschaft ab. Die Praxis der Leihmutterschaft degradiert Frauen zu bloßen Gebärapparaten und macht Kinder zu Vertragsobjekten.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU	x			
Die Linke	x			Schwangerschaft darf kein Markt werden, daher lehnen auch wir eine Lockerung des Verbots von Leihmutterschaften ab.
SPD		x		
AfD	x			Die Position findet sich im Europawahlprogramm in Kap. 11.5 Bemerkung: Grundsätzlich lehnen wir Leihmutterschaft ab, wenn sie kommerziellen Interessen dient. Eine altruistische Leihmutterschaft kann im Einzelfall zulässig sein (z.B. der Mutter im Fall einer verhindernden Erkrankung der Tochter).
Grüne		x		siehe oben
Blaue	x			

Die aktuelle Bundesregierung plant eine Verankerung von sog. Kinderrechten im Grundgesetz. Kinder stehen jedoch, da sie Menschen sind, bereits jetzt vollständig unter dem Schutz der Verfassung. Experten warnen, dass dies de facto die Aushebelung des Erziehungsrechtes der Eltern zur Folge haben werde. Eine spezifische Aufnahme von „Kinderrechten“ ins Grundgesetz lehnen wir deshalb ab.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU			x	
Die Linke		x		Wir setzen uns für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz ein. Der Schutz der Kinder sowie das Recht auf Mitbestimmung sind dabei die entscheidenden Aspekte.
SPD		x		
AfD	x			Das Grundgesetz schützt Eltern und Kinder ausreichend.
Grüne		x		siehe oben
Blaue	x			

